Stand: 16.12.2025 03:28:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10134

"Verantwortungsvolle Kapitalanlage des Bayerischen Pensionsfonds"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10134 vom 18.02.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10926 des HA vom 09.03.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11132 vom 20.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 20.04.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 18.02.2016 **Drucksache** 17/**10134**

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Verantwortungsvolle Kapitalanlage des Bayerischen Pensionsfonds

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Anlage des Kapitals des Sondervermögens Bayerischer Pensionsfonds an ökologische Kriterien zu knüpfen.

Dazu sind die Anlagerichtlinien um entsprechende Kriterien zu ergänzen. Insbesondere Aktien von Unternehmen, die Umsatz mit dem Abbau und der Verstromung von Kohle und dem Betrieb und dem Bau von Atomkraftwerken machen, sind aus dem Portfolio zu entfernen. Die gewählten Anlagen sind in den jährlichen Geschäftsbericht des Bayerischen Pensionsfonds aufzunehmen.

Begründung:

Derzeit werden im Bayerischen Pensionsfonds mehr als 2 Milliarden Euro Vermögen verwaltet. Die Aktienquote im bayerischen Pensionsfonds beträgt inzwischen 30 Prozent. Angesichts der niedrigen Erträge bei festverzinslichen Anlagen ist das grundsätzlich angebracht. Bei der Auswahl der Aktien wird aber sehr pauschal in Indizes, wie den DAX, MDAX, Eurostoxx50 und in ETF auf den MSCI World investiert, es ist kein Kriterium, welche Aktien jeweils in den Indizes enthalten sind.

Das ist zwar einfach in der Verwaltung, kann aber nicht staatliches Ziel sein. Die öffentliche Hand sollte nicht mehr von Renditen profitieren, die die Klimaerhitzung befördern. Zur Energiewende und einem konsequenten Atomausstieg gehört auch der Verzicht auf Geldanlagen bei Betreibern und Herstellern von Atomkraftwerken.

Neben Klimaschutz wäre eine qualitative Vorgabe zur Anlage des Kapitals auch unter wirtschaftlichen Aspekten sinnvoll. Auf Grund der aktuellen Klimadebatte überdenken viele Anleger derzeit ihre Strategie. Die Zahl der Investoren, die sich verpflichtet haben, ihre Gelder aus Firmen abzuziehen, die fossile Brennstoffe fördern oder vertreiben, hat jüngst stark zugenommen.

Die Allianz SE will ihre Anleihen im Kohlebereich auslaufen lassen und nicht verlängern. Zudem möchte sie in den kommenden sechs Monaten ihre Aktien von solchen Firmen verkaufen, die mehr als 30 Prozent ihres Umsatzes mit Kohleabbau machen oder Strom produzieren, der zu mehr als 30 Prozent mit Kohleverbrennung gewonnen werde. Insgesamt ist laut Allianz ein Finanzvolumen von 4 Milliarden Euro, der größte Teil davon Anleihen, betroffen.

Das wird sich nicht positiv auf die Aktienkurse dieser Firmen und damit auf den Ertrag des Pensionsfonds auswirken. Ein Ausstieg aus solchen Aktien wäre daher sinnvoll.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.03.2016 **Drucksache** 17/**10926**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**10134**

Verantwortungsvolle Kapitalanlage des Bayerischen Pensionsfonds

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Thomas Mütze**
Mitberichterstatter: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 100. Sitzung am 9. März 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
SPD:	Enthaltung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.04.2016 **Drucksache** 17/**11132**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**10134**, 17/**10926**

Verantwortungsvolle Kapitalanlage des Bayerischen Pensionsfonds

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Thomas Mütze
Abg. Hans Herold
Abg. Harald Güller
Abg. Bernhard Pohl

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verantwortungsvolle Kapitalanlage des Bayerischen Pensionsfonds
(Drs. 17/10134)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Unser erster Redner ist der Kollege Mütze. Bitte schön, Herr Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Was haben der norwegische Staatsfonds, die Rockefeller-Stiftung, Leonardo DiCaprio, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, der holländische Pensionsfonds PFZW, die Allianz-Versicherung und die Stadt Münster in Westfalen gemeinsam? – Eine Ahnung haben sie. Alle ziehen sich aus der Finanzierung kohlebasierter Geschäftsmodelle zurück, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

– Das ist einen Beifall wert. – Sie sind nicht alleine. Weltweit bekennen sich schon über 500 Institutionen öffentlich dazu, ihr Kapital aus Kohle und Öl abzuziehen. Wie ich erwähnte, finden Sie darunter Pensionsfonds, reiche Privatpersonen, staatliche Organisationen, Schulen und Hochschulen, NGOs – Nichtregierungsorganisationen – und Unternehmen. Alle eint der Wille, den Klimawandel nicht nur bei der Stromerzeugung, Wärmeerzeugung und Stromeinsparung zu bekämpfen, sondern auch da, wo Kohle und Öl exploriert werden, wo das Geschäft damit gemacht wird.

Jetzt kommen wir zum Titel unseres Antrags: Gerade Pensionsfonds sind darauf angewiesen, dass sie ihren Mitgliedern eine Ausschüttung garantieren. Das ist schon klar: Rendite ist in dem Fall alles. Das kann ich nachvollziehen. Aber diese Wertigkeit

der Anlagen ist anscheinend beim Investment in Kohle und Öl nicht mehr gegeben. Die erste chinesische Kohlefirma musste Insolvenz anmelden. Ein Investment in Kohle und Öl ist offenbar nicht mehr rentierlich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist eine gute Nachricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

– Bei guten Nachrichten kann man auch mal klatschen, genau. – Aber das zwingt uns auch bei unserem Bayerischen Pensionsfonds zum Nachdenken und zum Handeln. Leider – und deshalb habe ich den Antrag ins Plenum eingebracht – war im Haushaltsausschuss hier wenig Bewegung zu erkennen. Dabei darf ich nicht allein die Kollegen auf der rechten Seite nennen, sondern muss auch die anderen Kollegen von der Opposition erwähnen. Sie konnten sich das noch nicht so richtig vorstellen. Ich gebe zu: Unsere Begründung hat sich damals nur auf die Allianz bezogen. Die Allianz war sozusagen der Vorreiter. Sie hat nach der Klimakonferenz in Paris sofort gesagt: Ja, auch wir wollen diesen Schritt gehen; auch so wird Klimaschutz praktiziert, indem man nämlich nicht mehr in die klimaschädlichen Energielieferanten Kohle und Öl investiert. Vielleicht hat jetzt das Umdenken eingesetzt.

Jetzt komme ich auf den norwegischen Staatsfonds zu sprechen. –Liebe Kolleginnen und Kollegen, der norwegische Staatsfonds ist der zweitgrößte Staatsfonds der Welt, glaube ich, nach dem saudi-arabischen. In diesem Staatsfonds sind 820 Milliarden Euro investiert. Er dient dazu, dass Norwegen auch nach Öl, Kohle und Gas seiner Bevölkerung noch einen Lebensstandard sichern kann. Dieser Staatsfonds sagt jetzt: Nein, das ist kein sicheres Investieren mehr, wir gehen raus aus Öl, Gas und Kohle, wir setzen auf "Fossil Free", wir wollen unsere Rendite ohne fossile Energieträger erzielen. Dass das möglich ist, beweisen die vielen, die jetzt umsteigen.

Für den Fall, dass Sie noch nicht überzeugt sind, sage ich: Ihre Umweltministerin – sie ist jetzt leider nicht mehr da – hat allen Kolleginnen und Kollegen – ich glaube, dass das so ist – heute einen Brief ins Fach gelegt, in dem sie darauf hingewiesen hat,

dass Bayern ein Vorreiter sei im Kampf gegen den Klimawandel und riesige Anstrengungen unternehme, um den Klimawandel zu bekämpfen,

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

um die Temperaturerhöhung weltweit auf 2 Grad, möglicherweise sogar nur auf 1,5 Grad, zu begrenzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das dürfte doch Ihren Unwillen, den Sie bisher an den Tag gelegt haben, wirklich aus dem Weg räumen. Eine Investition in Kohle und Öl ist nicht rentierlich, ist sozusagen schädlich für die Entwicklung unseres Pensionsfonds. Wir wollen und brauchen für unseren Haushalt, für die Beamtinnen und Beamten eine sichere Rendite. Wir fordern Sie auf: Stimmen Sie für unseren Antrag, legen Sie neue Kriterien fest, damit auch der Bayerische Pensionsfonds aus Investments in Kohle und Öl aussteigen kann!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Nächster Redner ist der Kollege Herold.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst muss ich darauf hinweisen, lieber Kollege Mütze, dass seit der Sitzung des Haushaltsausschusses bei uns kein Umdenken stattgefunden hat. Der Antrag der GRÜNEN ist der falsche Weg.

Natürlich besteht im Hohen Haus Einigkeit darüber – darüber sind wir uns völlig im Klaren –, dass wir der Erderwärmung gemeinsam entgegenwirken müssen. Die Kapitalanlage für die Pensionen unserer Beamtinnen und Beamten ist nicht der richtige Weg hierfür. Mit dem Geld für die Pensionen unserer Beamtinnen und Beamten darf – das möchte ich deutlich hervorheben – kein wirtschaftliches Risiko eingegangen werden. Ich glaube nicht, lieber Kollege Mütze, dass Ihr Antrag dem Anspruch auf eine verantwortungsvolle Kapitalanlage des Bayerischen Pensionsfonds gerecht wird. Dafür gibt es viele Beispiele. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegin-

nen und Kollegen, ich stelle für die CSU-Fraktion klar, dass neben der Rentabilität der Anlagen für die künftigen Beamtenpensionen auch die Verlässlichkeit eine ganz entscheidende Rolle spielt.

Ich habe mich mit meinen Bekannten über diesen Antrag der GRÜNEN unterhalten. Ich habe wenig Zustimmung zu diesem Antrag in Bezug auf die Pensionen gehört.

Die sogenannten Nachhaltigkeitsindizes bieten, lieber Kollege Thomas Mütze, wie ich meine, keine ausreichende Transparenz hinsichtlich der ausgewählten Unternehmen. Sie sind nach unserer Meinung daher als Grundlage für eine Anlageentscheidung nicht geeignet. Ich verweise auf das Versorgungsrücklagengesetz. Darin steht, dass die Anlagen die größtmögliche Sicherheit und Rentabilität haben sollen. Es gibt ein Gegenbeispiel, nämlich das Investment der evangelischen Kirche in München, mit dem Millionen Euro in den Sand gesetzt wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern hat einen hervorragend aufgestellten öffentlichen Dienst. Ich bin stolz darauf, dass im Freistaat Bayern die gute Dienstleistung der Beamtinnen und Beamten im Bund-Länder-Vergleich sehr gut honoriert wird. Das sollte man immer wieder betonen. Das gilt insbesondere auch für die Versorgung. Der Versorgungsbericht für die 17. Legislaturperiode zeigt sehr deutlich, dass der Freistaat Bayern auch bei der Versorgung sehr gut aufgestellt ist. Die Finanzierbarkeit der Beamtenversorgung ist natürlich eine ganz entscheidende und wichtige Aufgabe und darf nicht nur kommenden Generationen überlassen werden.

Dass der Freistaat Bayern Vorsorge betreibt, ist gut und richtig. Bayern tut in der Beamtenversorgung weitaus mehr als andere Länder. Nicht nur werden Rücklagen für die Beamtenversorgung gebildet, auch die Schuldentilgung – das möchte ich ausdrücklich betonen – trägt dazu bei, dass künftige Generationen dauerhaft von hohen Zinslasten befreit werden. Wenn ich einen Vergleich zwischen dem Freistaat Bayern und Nordrhein-Westfalen anstelle, kann ich sagen: Wir haben eine Gesamtverschuldung in Höhe von circa 20 Milliarden Euro, NRW hat eine Verschuldung in Höhe von

knapp 200 Milliarden Euro. Als Haushaltspolitiker möchte ich ausdrücklich betonen: Die Finanzpolitik des Freistaates Bayern ist solide und nachhaltig und, wie ich meine, generationengerecht.

Noch ein Wort zum Sondervermögen Bayerischer Pensionsfonds: Seit 1999 bilden wir Rücklagen. Seither wird eine gute Zusammenarbeit der Vermögensverwaltung mit der Deutschen Bundesbank gepflegt. Dieses Geld ist nach meiner und auch nach Ansicht meiner Fraktion gut und sicher angelegt. Das soll so bleiben.

Der Bayerische Pensionsfonds dient auch der Abfederung der Ausgaben im Haushalt in den Jahren mit Spitzenbelastung. Diese Spitzenbelastungen werden höchstwahrscheinlich in den Jahren 2027 bis 2031 auftreten. Der Bayerische Pensionsfonds hat derzeit einen Kapitalstock von ungefähr 2,14 Milliarden Euro; er wird sich möglicherweise bis zum Jahr 2023 auf ungefähr 3,7 Milliarden Euro erhöhen. Ich sage auch mit ein bisschen Stolz: Trotz der Finanzkrise und des schwierigen Kapitalmarktumfelds wurde bis zum Jahr 2014 eine Rendite in Höhe von ungefähr 6,1 % erzielt. Diese Rendite wird möglicherweise auch in Zukunft bei 3,5 % liegen.

Wer wie die GRÜNEN mit der Geldanlage politische Zielsetzungen verfolgt, tut nach meiner Ansicht den bayerischen Beamtinnen und Beamten nichts Gutes. Zwangsläufig müssen Risiken eingegangen werden, die weit über eine reine Kapitalanlage hinausgehen. Welche Risiken sind das? – Möglicherweise nicht nachvollziehbare Auswahlkriterien oder hohe wirtschaftliche Risiken. Die Öko-Branche ist nicht vor Pleiten gefeit. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen das Beispiel der evangelisch-lutherischen Kirche genannt, die durch die Investition in Firmen aus den Branchen Solar-, Wind- und Wasserkraft sowie Müllrecycling im Jahr 2013 einen Verlust in Höhe von 5,5 Millionen Euro erlitten hat. – Das Beispiel, das der Kollege in Bezug auf die Allianz angesprochen hat, widerlegt das nicht. Bei einer Gesamtanlage von über 630 Milliarden Euro sollen 4 Milliarden Euro nach ökologischen Grundsätzen angelegt werden. Das entspricht rund 0,6 % und hat nur symbolischen Charakter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden den Antrag der GRÜNEN deshalb ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Herold, bitte bleiben Sie noch am Redepult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Mütze. Bitte schön.

(Volkmar Halbleib (SPD): Du hast noch Gelegenheit, deinen Redebeitrag fortzusetzen!)

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Herr Herold, das kann ich Ihnen natürlich nicht durchgehen lassen. Selbst wenn sie nur einen symbolischen Wert haben sollten, sind die 4 Milliarden Euro immer noch mehr, als der Bayerische Pensionsfonds insgesamt an Investitionssumme hat. Das darf man auch einmal sagen.Ich habe es schon gesagt: 500 Organisationen haben sich zu diesem Ziel schon öffentlich bekannt. Insgesamt sind schon Investitionen in Höhe 1,3 Billionen Euro aus Öl und Kohle herausgegangen. Wir reden hier also über Summen, die tatsächlich eine Marke setzen.

Lieber Hans, ich habe gehört, dass du den Bayerischen Pensionsfonds und die Anlagepolitik Bayerns gelobt hast. Ich habe aber nichts darüber gehört, ob man denn überhaupt auf die Idee kommt, mit dem Pensionsfonds dazu beizutragen, dass der Klimawandel nicht mehr als zwei Grad erreichen wird. Ich habe nicht gehört, ob auch der Bayerische Pensionsfonds die Chance ergreift und aus Kohle und Öl aussteigen will. Du hast zwar gesagt, was du nicht willst, ich habe aber nichts davon gehört, was die CSU will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Danke, Herr Kollege Mütze. – Herr Herold, bitte.

Hans Herold (CSU): Lieber Thomas Mütze, ich habe doch gleich zu Beginn meiner Ausführungen darauf hingewiesen, dass wir alle eine Gesamtverantwortung haben. Ich glaube, in dieser Frage sind wir uns alle hier im Hohen Hause einig. Ich sage aber auch noch einmal ganz deutlich: Der Pensionsfonds für unsere bayerischen Beamten muss nicht unbedingt einen entscheidenden Beitrag leisten, um das Problem der Erderwärmung zu lösen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke sehr Herr Herold. Der nächste Redner ist Herr Kollege Güller. Bitte schön, Herr Güller.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Mütze hat vorhin gesagt, es wäre wenig Bewegung im Haushaltsausschuss erkennbar gewesen. Da muss ich schon sagen, lieber Herr Kollege, da hat es den GRÜNEN bei der Debatte aber schon irgendwie die Wahrnehmung verschoben. Ich habe für die SPD im Ausschuss ausdrücklich gesagt, dass wir dem Anliegen mit Sympathie gegenüberstehen, wonach Kapital des Freistaats selbst oder auch eines Pensionsfonds nach bestimmten sozialen, ökologischen, insgesamt wirtschaftspolitischen Kriterien angelegt wird. Allerdings muss man sich dann aber auch einmal aus der grünen Wohlfühlzone eines Antrags herausbewegen, den man schnell einmal hingeschrieben hat. Da muss man dann schon einmal konkret werden.

Den norwegischen Staats- bzw. Pensionsfonds, die hier genannt wurden, muss man sich schon einmal näher ansehen. Dazu legt das norwegische Parlament nämlich immer wieder ausdrücklich Kriterien fest. Beispielsweise hat das Parlament vor einigen Jahren gesagt, sie investieren nicht mehr in Aktien, die 30 % oder mehr Umsatz aus Kohle und Öl machen. Was aber steht in eurem Antrag drin? – Da steht drin: "Dazu sind die Anlagerichtlinien um entsprechende Kriterien zu ergänzen. Insbesondere Aktien von Unternehmen, die Umsatz mit dem Abbau und der Verstromung von Kohle … machen ..." – Wenn wir uns dem Thema nähern, dann müssen wir uns hier

im Plenum oder im Haushaltsausschuss oder in einem anderen Ausschuss, der dafür zuständig ist, der Mühe unterziehen, ganz konkret zu diskutieren und konkrete Punkte festzulegen.

Ich habe gesagt, einem solchen Vorgehen wird sich die SPD nicht verweigern. Ich habe deshalb gedacht, der Antrag würde zurückgezogen oder er würde heute in einer vernünftigen Form vorgelegt. Aber nein, nichts davon ist passiert. Nach wie vor liegt ein Antrag vor, der ist nicht Fisch, der ist nicht Fleisch und der ist auch nicht Veggi. Hauptsache, ich habe ein Thema gesetzt, richtig beschäftigen tue ich mich aber nicht damit.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Wir werden uns deshalb bei diesem Antrag enthalten. Das habe ich auch gesagt: So lange dieser Antrag in solchem Wischiwaschi formuliert ist, können wir uns nur enthalten. Wir können aber in eine qualifizierte Diskussion eintreten. Wenn ihr dazu einen Antrag habt, wenn ihr dazu einen Vorschlag habt, dann wird es wirklich spannend. Dann geht es nämlich um die Frage: Was ist ein ökologisches Investment? In dieser Frage gehen die Meinungen hier sicher deutlich auseinander. Da wird sich dann die Frage stellen: Wie ökologisch ist eine Stromerzeugung im Norden Deutschlands? – Ich sage, sie kann bei Windenergie sehr ökologisch sein, selbst wenn wir dazu Fernleitungen brauchen. Dann müssen wir aber darüber einen Konsens finden. Dann geben wir auch den Fondsmanagern klare Vorgaben, an die sie sich halten können. Aber einfach nur zu sagen, ich setze das Thema, aber wie das Anliegen umgesetzt wird, ist mir egal, Hauptsache wir haben eine Presseerklärung geschrieben, das ist uns zu wenig. Es bleibt bei unserer Enthaltung, so lange es bei den GRÜNEN keine qualifizierte Bewegung und keine guten Vorschläge gibt.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke, Herr Kollege Güller. – Nächster Redner ist Herr Kollege Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In weiten Teilen kann ich mich dem anschließen, was Herr Kollege Güller hier ausgeführt hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ich verstehe, dass Sie zur Schärfung der eigenen Corporate Identity solche Anträge stellen müssen. Beim Pensionsfonds sollten wir uns aber schon überlegen, welche Funktion der Freistaat Bayern hat, welche Funktion wir in dieser Frage haben. Wir sind Treuhänder für die Pensionen der Beamten des Freistaats Bayern, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wir sind Treuhänder, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Wir sind Treuhänder, liebe Kollegen, und das heißt, wir können nicht so handeln, wie wir das vielleicht gern selbst wollen. Wir müssen darauf Rücksicht nehmen, was diejenigen wollen, die Nutznießer dieses Pensionsfonds sind. Das sind die pensionierten Beamten. Die Fondsmanager müssen sich deshalb ganz klar an der Rentabilität ausrichten und nicht an ökologischen oder sozialen Kriterien. Rentabilität – Herr Kollege Herold, Sie haben das ausgeführt. Da haben wir kein Wahlrecht. Wenn irgendetwas schiefgeht, dann können wir nicht sagen: Eigentlich hätte es bessere Anlagen gegeben, aber wir waren von unserem ökologischen Gewissen beseelt. Das ist grenzwertig. Das ist möglicherweise sogar Untreue. Ich denke nicht, dass sich das Hohe Haus diesem Vorwurf aussetzen möchte.

Ich glaube auch nicht, dass wir uns in die Rolle der Fondsmanager hineinversetzen sollten. Wofür haben wir sie? – Wir haben schon des Öfteren darüber debattiert, dass sich der Freistaat Bayern in Aufsichtsgremien zu sehr in Details einmischt. Wenn es dann darauf ankommt, sieht er die großen Linien nicht. Ein Aufsichtsgremium ist zur Kontrolle da, aber nicht dazu, denen, die das Tagesgeschäft machen, Vorgaben zu geben, die sie dann möglicherweise in eine Situation bringen, in der sie sich dann vielleicht fragen müssen: Handle ich vernünftig, oder handle ich nach der Vorgabe?

Sie sprechen Norwegen und den dortigen Pensionsfonds an. Dazu muss ich schon einmal sagen: Dieser Staatsfonds wird von den Einnahmen aus Erdölverkäufen gespeist. Ich sage nicht, dass Norwegen es dann auch wieder in Erdöl anlegt, aber gespeist wird er aus den Einnahmen von Erdölverkäufen. Ich weiß nicht, ob das tatsächlich dem entspricht, was Sie mit ökologischen Kriterien im Hinterkopf haben. Ob Erdöl oder Kohle, das ist, so denke ich, für den Klimaschutz gleich gut oder gleich schlecht.

Um bei der Wahrheit zu bleiben: Wenn Sie die Kernenergie in Zusammenhang mit der Erderwärmung bringen, dann muss ich schon anmerken: Wir sind alle keine Kernkraftfetischisten, aber der Kernenergie vorzuwerfen, dass sie an der Klimaerwärmung schuld ist, ist einigermaßen kühn.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, bei solchen Anträge müssen wir uns schon überlegen, was unsere Aufgabe ist. Wir müssen diejenigen überwachen und kontrollieren, die diesen Pensionsfonds managen. Wir dürfen ihnen aber nicht irgendwelche Vorgaben geben, die sie in ihrer verantwortlichen Arbeit behindern. Die verantwortliche Arbeit aber heißt, den Pensionsfonds so zu managen, dass er einen maximalen Ertrag für die Pensionen der Beamtinnen und Beamten des Freistaats Bayern erbringt. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Pohl. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte! – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU-Fraktion und die – –

(Zurufe von der SPD: Enthaltung!)

– Nein? Ihr müsst euch heute aber irgendwann mal – – Gut, okay.

(Georg Rosenthal (SPD): Erst müssen wir gefragt werden! Wir wollen gefragt werden, dann heben wir die Hand, Frau Präsidentin!)

Enthaltungen bitte!

(Zuruf von der SPD)

– Jetzt, genau. – Die SPD-Fraktion. Vielen Dank. Damit ist dieser Antrag abgelehnt. – Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

(Schuss: 18.20 Uhr)